X. Jahrgang

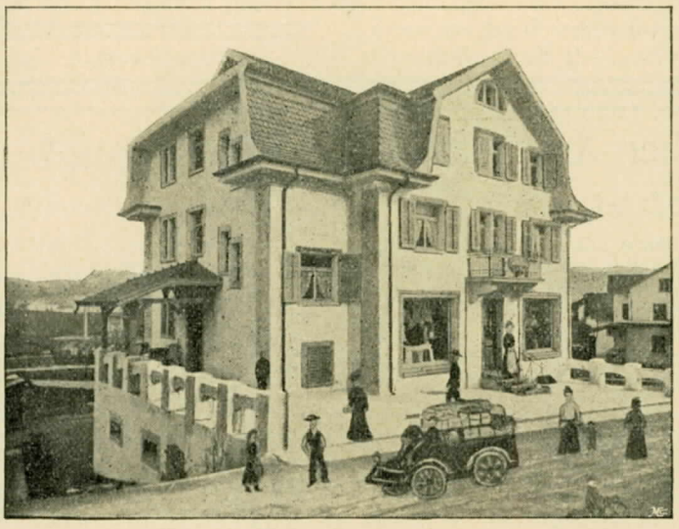
No. 35

27. August 1910

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbands schweiz. Konsumvereine

Motto: Das Schweizervolk kann seine wirtschaftliche Selbständigkeit gegenüber dem Ausland nur behaupten und im Innern zu grösserem Wohlstand und höherer sozialer Gerechtigkeit nur fortschreiten, wenn es seine Konsumkraft organisiert. Die genossenschaftliche Zusammenfassung dieser Kraft ist daher für uns eine Lebensfrage: sie ist unsere nationale Aufgabe im XX. Jahrhundert.



Gebäude des Konsumvereins in Rüti-Tann.

Redaktion u. Administration: Basel Thiersteinerallee 14

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 8—12 Seiten Text. Abonnementspreis Fr. 4.— per Jahr, Fr. 2.50 per 6 Monate ins Ausland unter Kreuzband Fr. 6.50 per Jahr.

Verlag: Verband schweizer. Konsumvereine

ch. H.B.M. Basel.

A. Wagen, Basel 1903.

Verband schweiz. Konsumvereine.

Herbst- und Wintersaison.

Die Vorbereitungen zum Einkauf von

Kartoffeln **Rübli** **Kohlen etc.**

sind von vielen Vereinen schon getroffen worden und diese haben uns ihre Aufträge überschrieben. Wo dies noch nicht geschehen, ist es notwendig, dass die Vorbereitungen unverzüglich an die Hand genommen werden. **In kleinen Vereinen geschieht dies am besten durch Auflegung von Bedarfslisten in den Ablagen, um das mutmassliche Quantum festzustellen.** Es ist für die Vereine wie für den Verband von Vorteil, wenn wir die Aufträge frühzeitig erhalten.

Das eidg. Lebensmittelgesetz mit sämtlichen Verordnungen

kann durch die **Abteilung Bureauartikel** bezogen werden.

Jeder Konsumverein sollte 1—2 Expl. dieses für den Lebensmittelverkehr unerlässlichen Gesetzes mit Verordnungen besitzen.

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt.

Angebot.

Tüchtige, zuverlässige, junge **Witwe** mit Töchterchen, kautionsfähig, sprachenkundig, mit Kenntnis aller Branchen, wünscht für sofort oder später passende Stelle in einem Konsumverein. Beste Referenzen und Zeugnisse zu Diensten. Gefl. Offerten unter A. B. an den Verband schweiz Konsumvereine in Basel.

Stellegesuch. Ein tüchtiger, solider **Bäcker**, gesetzten Alters, sucht Stellung zur Leitung einer Konsumbäckerei. Referenzen zu Diensten. Kaution kann gestellt werden. Eintritt nach Belieben. Offerten unter Chiffre K. B. 153 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Jüngeres, tüchtiges **Ehepaar** wünscht eine „Konsum-Ablage" zu übernehmen. Beide gesund, in den dreissiger Jahren; Anfangs-Kaution kann gestellt werden. Offerten unter Chiffre A. H. 156 an den V. S. K. zu richten.

Junger, strebsamer, branchekundiger **Mann** (kautionsfähig), sucht baldigst grössere Filiale oder Konsumladen zu übernehmen. Offerten unter Chiffre J. W. 142 an den V. S. K. in Basel.

Nachfrage.

Konsumgenossenschaft sucht für ihre Betriebe 2 tüchtige, deutsch und französisch sprechende und korrespondierende, kaufmännisch gebildete **Commis** für Hilfsbuchhaltung, Korrespondenz etc. Bewerber mit nur prima Zeugnissen wollen ihre Anmeldungen unter Angabe der Gehaltsansprüche unter Chiffre S. B. 157 einreichen an das Sekretariat des V. S. K. Basel.

An die Tit. Verwaltungen der Konsumvereine

richten wir die höfliche Bitte, bei Bedarf von Arbeitskräften die Angebote auf dem „Genossenschaftlichen Arbeitsmarkt" bestens zu berücksichtigen.

Die Verwaltungskommission des V. S. K.

Schaufenster-Einrichtung.

Montre-Scheibe 190/258 cm nebst eichenem Rahmen; innere und äussere **Montre-Verkleidung**; 2 innere **Montre-Schiebfenster**; hochfeines **Doppel-Montre-Gestell** aus Messingrohr; eiserne **Rolladenwalze** mit Zubehörteilen: **Spiritusbehälter** 50 Liter haltend; **Speise-Oelkanne** 10 Liter haltend. Komplett nur Fr. 400.— äusserst. Anfragen sub Chiffre H. C. 11 an den V. S. K.

Kakao soluble „Union"

ist seiner **vortrefflichen Qualität** und des **vorteilhaften Preises** wegen von allen Hausfrauen sehr beliebt.

Alleinbezug durch den

Verband schweiz. Konsumvereine.

Schweiz. Konsum-Verein.

Organ des Verbands schweiz. Konsumvereine.

X. Jahrgang. Basel, den 27. August 1910. Nr. 35.

Eine Stellungnahme.

In dem Momente des Erscheinens dieser Nummer wird auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen über die Genossenschaftsfrage debattiert. Nicht, was dort geredet, wohl aber was beschlossen und der Welt als Stellungnahme der Partei verkündet wird, ist von weittragender, ja folgenschwerer Bedeutung für die Partei selbst, wie für die Genossenschaftsbewegung. Natürlich sind die Erörterungen, die in Kopenhagen gepflogen werden, im Grunde kein Vor-, sondern ein Nachspiel bereits vollzogener Bewegungen. Es werden verschiedene Auffassungen und vielleicht auch erhebliche Gegensätze zum Vorschein kommen, aber sie werden nichts an der Tatsache ändern, daß die Partei entschlossen ist, ihre frühere beobachtete Haltung wesentlich zu modifizieren und einen Standpunkt aufzugeben, den sie jahrelang einnahm, ohne Miene zu machen, seine Grenzmarken zu überschreiten. Die Temperamente und die taktischen Erwägungen der einzelnen Nationalitäten werden auf dem Kongreß zum Ausdruck kommen, aber es dürften sich wohl wenige erheben, die gesonnen sind, auf der alten Position zu verharren. Wer etwa noch bezweifeln möchte, daß eine andere Losung bereits ausgegeben ist, daß diese nur noch der formellen demokratischen Bestätigung bedarf, die nicht ausbleiben kann, der muß durch eine Schwenkung, die soeben der Berliner „Vorwärts" in zwei wohldurchdachten Leitartikeln vollzog, in die Geistesverfassung unerschütterlicher Gewißheit gebracht werden. Schon seit Monaten hatte dasselbe Blatt, das offizielles Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, ein Geplänkel gegen die „Nur-Genossenschafter" und gegen die genossenschaftliche „Ueberneutralität" eröffnet, aus dem die Richtung des strategischen Operationsplanes unschwer zu erkennen war. In den Kreisen der deutschen Genossenschafter machte sich eine sich stetig steigernde Nervosität bemerkbar, die anscheinend der genauern Orientierung entbehrte, jedenfalls aber als ein Symptom unsicherer Erwartungen gedeutet werden mußte. In den Nummern vom 20. und 21. August hat nun der Berliner „Vorwärts" in zwei eingehenden Artikeln über „Arbeiterbewegung und Genossenschaftswesen" die Situation geklärt und man kann ohne Weiteres annehmen, daß die Ansichten und Willensmotive des Parteivorstandes darin zum Ausdruck gebracht sind. Darauf weist schon die ruhige, vorsichtige, planvolle und alle besonderen Umstände in Erwägung nehmende Behandlung der Sache hin. Sie ist zweifellos in erster Linie auf deutsche Verhältnisse zugeschnitten, aber ebensowenig ist zu verkennen, daß darin Richtlinien für die Auffassung und Haltung der Gesamtpartei, also Normen für die allgemeine sozialistische Arbeiterbewegung gegeben sind. Wie sie offenbar auf internationalen Vereinbarungen oder doch Aussprachen beruhen, so werden sie auch gleichartige internationale Beschlüsse und Bewegungstendenzen nach sich ziehen. Und es wird sich in diesen Tagen zeigen, daß aus den Kopenhagener Verhandlungen dieselben Grundtöne herausklingen. Um aber die ganze Bedeutung der Schwenkung zu erfassen, muß man eben gerade von den deutschen Verhältnissen ausgehen, weil hier der Abstand von einst und jetzt, der Gegensatz von älterer und moderner Auffassung in Sachen der Genossenschaftspolitik am schärfsten hervorsticht.

Die Stellung der deutschen Partei war ursprünglich bestimmt durch eine absolute Verständnislosigkeit für das tiefere Wesen der Konsumgenossenschaft und die Möglichkeiten, die in einem geschlossenen organischen Aufbau der konsumgenossenschaftlichen Organisation liegen. Noch vor drei Lustren hätte es jeder einigermaßen renommierte Parteiführer wie einen Angriff auf seine wissenschaftliche Erkenntnis betrachtet, wenn man ihm zugemutet hätte, sich ernstlich mit einer so lächerlich bedeutungslosen Sache wie der „Konsumvereinsspielerei" zu befassen. Die Produktivgenossenschaft hielt man allenfalls noch als wirtschaftliche Grundlage zukünftiger Gesellschaftsgestaltung für diskussionsfähig, wenn man auch nicht daran dachte, sie im Rahmen des Gegenwartsstaates als etwas Ersprießliches zu empfehlen, der Konsumverein dagegen lag für die Partei und ihre Führer ganz außerhalb des Kreises sozialer Bedeutung. Er galt als eine bürgerliche Einrichtung, die durch Lassalle so gründlich abgetan schien, daß die Beschäftigung mit ihr nur noch wissenschaftlich kompromittieren konnte. Den ursprünglichen Eifer gegen die Aufnahme und Kultur dieser Assoziationsform löste bald ein Gefühl der „Wurschtigkeit" ab. So klein dachte man von dem Konsumverein und für so über alle Maßen harmlos ward er angesehen, daß man in Sachsen, dem ehemaligen Zentrum der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland, zur Zeit des Sozialistengesetzes Zuflucht zu ihm nahm, um den Parteizusammenhang in der denkbar unauffälligsten Verkehrsform zu konservieren. So wurde Sachsen ein primitiver Mittelpunkt der Konsumvereinsbewegung, indes niemand, und die sozialdemokratischen „Konsumvereinsspieler" am allerwenigsten, hatte auch nur eine blasse Ahnung davon, was da keimte und Wurzeln ansetzte. Sie wurden ohne Willen und Einsicht, gleichsam durch die Ironie einer weltgeschichtlichen Idee in eine ökonomische Bewegung verflochten, die, wie die Dinge lagen, überhaupt nur möglich war, weil man nichts hinter ihr suchte und weil man sie im tiefsten Herzensgrunde als eine Form kleinbürgerlicher Mimikry verachtete. Aus dieser Zeit stammt auch noch ein beträchtlicher Teil jener sächsischen Konsumvereine, in denen sich Formen einer primitiven genossenschaftlichen Verwaltungspraxis verfilzten und welche gerade unter Berufung auf den ephemeren Charakter des Konsumvereins nicht aus der kleinbürgerlichen Ordnung der Dinge hinausstreben wollen. Andere wiederum haben sich durch die Gewalt der Umstände zu großen Organisationen entwickelt und es war die rein materielle Ausdehnungs-Evolution, die ihnen höhere Maßstäbe aufzwang. In diese Kategorie gehörte

beispielsweise der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein, dessen Zukunft bei der Gründung von den 60 oder 70 Männern, die daran beteiligt waren, nur einer ahnte, der dafür aber auch ob seiner „utopistischen" Vorstellungen gründlich ausgelacht wurde. Und doch hatte sich seine Phantasie nicht weiter verstiegen, als daß er schüchtern zu äußern wagte, es könnte am Ende einmal dazu kommen, daß Waren im Werte von einer Million Mark umgesetzt würden. Heute aber, nachdem ungefähr ein Vierteljahrhundert seit der Gründung verrauschte, hatte derselbe Verein einen Umsatz von 20 Millionen Mark.

Die aufmerksame Beobachtung der rapiden Entwicklung dieses einen Vereins hätte eigentlich Stoff zum Nachdenken geben sollen, aber offenbar stand die Parteidoktrin einer einläßlichen Untersuchung dieser Erscheinung am eigenen Leibe im Wege. Das zeigte sich sofort, als anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die ersten Anzeichen neuer Genossenschaftsbewegungen hervortraten und die Partei sich genötigt sah, zur Genossenschaftsfrage überhaupt Stellung zu nehmen. Das geschah auf dem Berliner Parteitag von 1892. Die damals vorgelegte und angenommene Resolution ist ein Beweis dafür, wie wenig man sich mit den tatsächlichen Erscheinungen befaßt hatte und wie schnellfertig man an der Sache selbst vorbeiresolutionierte.

„In der Frage des Genossenschaftswesens, lautet die „Resolution, steht die Partei nach wie vor auf dem „Standpunkte: Sie kann die Gründung von Genossen„schaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenz„ermöglichung von im politischen oder gewerkschaftlichen „Kampf gemaßregelten Genossen bezwecken, oder wo sie „dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von „allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber „in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die „Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß „genügend Mittel für eine gesunde finanzielle Grund„lage zur Verfügung stehen, und Garantien für geschäfts„kundige Leitung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins „Leben gerufen werden. Im Uebrigen haben die Partei„genossen der Gründung von Genossenschaften entgegen„zutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, „daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen „Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage „der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerk„schaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder „auch nur zu mildern".

Die Art und Weise wie die ganze Sache behandelt wurde, läßt erkennen, daß man eigentlich nur die Produktivgenossenschaften ins Auge gefaßt hatte, von denen damals in Deutschland kaum 20 bestanden, während die Statistik des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bereits 344 Konsumvereine mit einem Umsatz von über 67 Millionen Mark und einem Ueberschuß von 6,2 Millionen Mark aufwies. Außerdem gab es zweifellos noch eine ansehnliche Zahl von Konsumentenorganisationen, welche von der Verbandsstatistik nicht erfaßt worden waren. An diesen Tatsachen ging man einfach vorüber. Man kannte sie wohl, aber man maß ihnen kein Gewicht bei. So redete man wirklich an der Sache vorbei, denn was sich schüchtern wieder gemeldet hatte, war nicht die Idee der Produktiv-Assoziation, sondern der konsumgenossenschaftliche Organisationsgedanke, der an die Erfolge der britischen Genossenschaftsbewegung anknüpfte und zunächst vorwiegend von einigen sogenannten „bürgerlichen" Vorkämpfern und sozialistischen Dissidenten propagiert wurde. Dies war nun freilich für die Parteileitung ein weiterer Grund, der Sache keine Beachtung zu schenken oder sie doch möglichst geringschätzig zu behandeln. Indes zog die Bewegung immer weitere Kreise, insbesondere, als sich revisionistisch gesinnte Persönlichkeiten daran machten, die Bedeutung des konsumgenossenschaftlichen Zusammenschlusses zu erörtern und zu praktischem Vorgehen anzuregen. Etwa das Jahr 1894 bezeichnet für Deutschland den Zeitpunkt eines entscheidenden Durchbruchs der neuen Genossenschaftsströmung. In den genossenschaftsfreundlichen Parteikreisen pflegte man sich damals mit Vorliebe auf die Erfolge des Leipzig-Plagwitzer Vereins und auf das belgische sozialistische Kooperationswesen zu berufen. Es war dies eine Politik, die sich den Parteistimmungen anzupassen suchte und die auch bald genug dazu überging, die Losungen von der „Rückenstärkung" und der „dritten Armee" des Proletariates auszugeben. Gleichzeitig suchte man eine Absonderung von den bürgerlichen Verfechtern der Idee vorzunehmen, um sich gegen den Verdacht einer Hinneigung zu unproletarischen Reformplänen zu schützen. Tatsächlich gingen die ersten Impulse der Bewegung nicht von Parteikreisen aus. Sie war zumal in Berlin, wo die Keime ansetzten, eine sozialistische Dissidentenbewegung und nahm erst später in Hamburg, dem Sitz der Großeinkaufsgesellschaft der sächsischen Konsumvereine, den Charakter einer mit dem Parteiwesen in engerm personalistischem Zusammenhang stehenden Bewegung an. Aber auch dort ging die Initiative von sogenannten bürgerlichen Elementen aus, die dann allerdings bald in den Hintergrund traten und von genossenschaftsfreundlichen Partei- und Gewerkschaftsleuten abgelöst wurden. Inzwischen waren allenthalben neue Genossenschaftsorganisationen ins Leben getreten, während sich an einigen Orten ältere Vereine mit Arbeiterelementen füllten. Noch immer aber verhielt sich die Parteileitung selbst dem neuen Genossenschaftsprogramm gegenüber „kühl bis ans Herz hinan" und auch die große Masse der organisierten Arbeiterschaft gefiel sich in der Haltung eines passiven Widerstandes. Es war jedoch unverkennbar, daß mehr und mehr die Intelligenz der Arbeiterschaft von der Genossenschaftsidee ergriffen wurde und daß sich auch in den leitenden Parteikreisen eine Umwertung der Genossenschaftsgüter vollzog. Als im Jahre 1899 die Genossenschaftsfrage wiederum auf der Tagesordnung eines sozialdemokratischen Parteitages stand, mußte die Berliner Resolution von 1892 als völlig unhaltbar revidiert und durch eine andere ersetzt werden. Glaubte man in Berlin noch der Gründung von Genossenschaften entgegentreten zu müssen, so konzentrierte man sich nun auf den entscheidenden Punkt und nahm zu den „Wirtschaftsgenossenschaften" Stellung.

„Die Partei, besagt die auf dem Parteitag in Han„nover angenommene Resolution, steht der Gründung „von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber, sie „erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, voraus„gesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vor„handen sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage „ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen; sie „sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, „wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung „und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel „zur Erziehung der Arbeiterklasse, zur selbständigen „Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen „Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeut„ung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den „Fesseln der Lohnsklaverei".

Das klingt schon anders, und wenn man nicht wüßte, daß 1892 noch mit dem produktivgenossenschaftlichen Maßstab gemessen wurde, so läge in der Hauptsache ein eklatanter Widerspruch vor. In Wirklichkeit aber hat sich die Partei mit dieser letztern Resolution nicht dementiert, sondern nur korrigiert. Im Gegensatz zur früheren Stellungnahme zog sie aus vorhandenen Tatsachen ihre Konsequenzen und faßte einen Beschluß, gegen den auch von einem rein genossenschaftlichen Standpunkte aus nichts einzuwenden ist, da er die praktische Organisationsarbeit in keiner Weise durchkreuzt und auch die in dem Schlußsatz hervortretende Abschwächung ihrer Bedeutung für eine gesunde Entwicklung belanglos ist. Ohne Frage war diese Stellungnahme, welche sich in vorsichtiger Neutralität hielt, von außerordentlich förderndem Einflusse. Es gingen weder künstliche

Anregungen, noch auch Hemmungen von ihr aus und hätte man sich in den Parteikreisen wie in den alten und neuen Genossenschaftsorganisationen nur immer in den Grenzen der Resolution bewegt, so wäre manche Entgleisung im Interesse der Sache selbst vermieden worden. Allerdings würde es dann auch nicht so rasch zu einem Kreuznach gekommen sein und gerade dieses katastrophale Ereignis war es, das die ganze Situation der Bewegung gründlich veränderte. Der Tag von Kreuznach wies den Konsumvereinen eigene, von der allgemeinen Heerstraße der Schulze-Delitzschen Verbandsorganisation abbiegende Wege. Er war die Geburtsstunde einer selbständigen konsumgenossenschaftlichen Föderationsbewegung und was er eigentlich trennen sollte, schweißte er just in anderer Legierung zusammen. Der beabsichtigte sozial-chemische Scheidungsakt führte zu einem Verschmelzungsprozeß sachlich gleichmäßiger Interessen. Dieser wiederum gab dem neuen Verbande ein Gepräge, das durch ein eigenartiges Mischungsverhältnis von bürgerlichem und proletarischem Geiste seine besondere Signatur empfing. Das erste positive Ergebnis der neuen Verbandskomposition war die Ausschaltung der ursprünglichen radikal-revisionistischen Losung von dem aufmarschierenden dritten Flügel der Arbeiterarmee und die Einstellung eines Neutralitätsprinzips, in welchem die Einheit der allgemeinen Konsumenteninteressen zum Ausdruck kommen sollte. Es braucht kaum betont zu werden, daß die in der Parteiresolution von 1899 enthaltene Neutralitätserklärung ganz anders verstanden sein will. Sie steht in einem organischen Zusammenhang mit dem Geiste der Berliner Resolution und besagt eigentlich weiter nichts, als daß die Partei der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften nicht mehr entgegentreten will. Sie annulliert die ursprünglich gegnerische, sachlich negative Stellungnahme und gibt den Parteigenossen die Beteiligung an den nunmehr eingeräumten materiellen Vorteilen der wirtschaftlichen Assoziation frei, ohne sich im übrigen für deren aktive Förderung zu engagieren. Sie hält sich mit andern Worten noch in vorsichtiger, abwartender Reserve, rechnet aber mit den nicht mehr zu verkennenden Tatsachen und wohl auch schon mit der Notwendigkeit, sie mit dem Parteiprogramm in Einklang zu bringen. Das Neutralitätsprinzip des deutschen Zentralverbandes dagegen ist aus einem Organisations- und Fortbildungs-Problem erwachsen. Der Verband übernahm eine Erbschaft, die nicht nur eine Fülle traditioneller Verhältnisse, sondern auch lebendige, sozial stark individualisierte Menschen und Gesellschaftsgruppen in sich schloß. Seine Aufgabe war, gesunde Traditionen, wertvolles Erbgut zu konservieren und die auf dem eigenen Operationsfelde vorhandenen Gegensätze auf eine möglichst enge Reibungsfläche zu bringen. In den Verbandsvereinen gab es mehr als eine Richtung. Alte und neue Strömungen, hergebrachte Anschauungen und frische Bewegungsmotive drängten sich in derselben Bahn zusammen. Die Aufgabe, hier die Elemente zusammenzuhalten, war nicht leicht und wurde immer schwieriger, je voller sich der Strom proletarischen Blutes in die Genossenschaften ergoß. Dazu kam der gährende Most ganz neuer Organisationsversuche und mit ihm die schwer in den Schranken sachlicher Ueberlegung zu haltende Neigung, politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Dinge zu verquicken. Inmitten all dieser Strömungen, offenen und latenten, wirklichen und eingebildeten Gegensätze, Unebenheiten und Verlegenheiten pflanzte die Verbandsleitung ihre Neutralitätsflagge auf und es ist zuzugeben, daß sie eine Zeit lang wie eine Schutzflagge über dem Ganzen wehte.

Ein Zeichen wenigstens äußerer Einheit, erleichterte sie die Zusammenfassung und Zusammenhaltung der Kräfte. Das größte Wachstum der Verbandsbildung vollzog sich unter ihrem Schutze. Allmählich gewöhnte man sich aber in Hamburg daran, das Neutralitätsprinzip als genossenschaftliches Einheitsprinzip schlechthin zu nehmen und es zu einem Element innerer wie äußerer Ordnungs- und Sicherungsgewalt zu erheben. Und nun ereignete es sich, daß das Prinzip überspannt wurde und mit der wirklichen Einheitsidee der Bewegung, deren rückhaltlose Aufrollung es hemmte, in Widerstreit geriet. Wie die britische Genossenschaftsbewegung in dem Streben nach äußerer Macht und Größe in den letzten Jahrzehnten ihre innere Spannkraft verlor und in eine Krisis hineingetrieben wurde, in der sich entscheidende Konflikte mit der sozialistischen Arbeiterbewegung vorbereiten, so drängt es nun auch schon in Deutschland zu Entscheidungen prinzipieller Natur, zu Entscheidungen, die kommen müssen, die gar nicht ausbleiben können, weil die Bewegung an einem Punkte angelangt ist, wo die Tatsachen und die Ideen zusammenfließen und sich entweder in einem synthetischen Verschmelzungsprozesse ausgleichen und versöhnen oder zu Scheidungen führen müssen. Der heutige deutsche Neutralitätsbegriff, das natürliche Produkt eines Uebergangsstadiums, hat seine harmonisierende Kraft verloren und in dem Augenblick, wo er sich als Einheitsprinzip zu etablieren strebt, setzt sich eine Reaktion gegen ihn in Bewegung, die gar nicht aus dem Genossenschaftslager kommt, aber dennoch — und das ist das Bezeichnende für die Situation — ein Genossenschaftsprogramm aufrollt, das wenigstens in den meisten Punkten, die berührt werden, jeder entschiedene, auf eine offene Lösung der bestehenden Konflikte hinarbeitende Genossenschafter ohne Zaudern unterschreiben kann. Um es gleich vorweg zu nehmen: die Grundtendenz der in dem Berliner „Vorwärts“ gepflogenen Erörterungen wendet sich in übrigens sehr zurückhaltender Polemik gegen die „Ueberneutralität“, um gleichzeitig eine bemerkenswerte theoretische Schwenkung in das ideale Zentrum der Genossenschaftsbewegung hinein zu vollziehen. Die Neutralität der Parteiresolution von 1899 wird stillschweigend ausgeschaltet und an ihre Stelle tritt eine prinzipielle Betonung genossenschaftlicher Aktivität. Die Bewegung, die der „Vorwärts“ macht, ist folgende: Er sieht ab von jeder parteigenossenschaftlichen Organisation, nimmt die in der Genossenschaftsidee enthaltenen und von allen bewußten Genossenschaftstheoretikern stets anerkannten sozialistischen Elemente auf und stellt sie als ideale Forderungen auch des politischen Sozialismus hin. Den Klassenkampf berührt er nur nebenbei und in einer Begrenzung, welche, in der Praxis streng beobachtet, gefährliche Konflikte ausschließen würde. Die weittragende Bedeutung dieser Stellungnahme liegt auf der flachen Hand. In dem Augenblick, wo der politische Sozialismus wesentliche Punkte der ökonomischen Genossenschaftstheorie anerkennt und übernimmt, betritt er bewußt oder unbewußt auch das Gebiet des ethischen Gedankenkreises der Genossenschaftsbewegung. Positiv mitarbeitend und als Cooperator auch mit den Bürden der Mitverantwortlichkeit belastet, wird er bald selbst die natürlichen Grenzen ziehen, die Politik und Oekonomie von einander scheiden. Diese Bewegung freilich kann er heute noch gar nicht vollziehen, noch auch liegt es in seiner Absicht, das zu tun, aber die Gewalt der Umstände wird ihn ebenso sicher dahin bringen, als sie ihn zur Anerkennung des ökonomischen Genossenschaftssozialismus brachte. Wir aber sehen darin die Gewähr für die Herausbildung einer Neutralität, die sich um ein wirkliches Einheitsprinzip kryställiert und von ihm ihre Ordnung empfängt. In einem folgenden Artikel werden wir den einzelnen Erörterungen des „Vorwärts“ näher treten, um dann schließlich auch noch auf diejenigen Punkte einzugehen, die in den angezogenen Artikeln nicht berührt sind, die aber auch in aller Ruhe und Aufrichtigkeit erörtert werden müssen, um zur Feststellung eines Neutralitätsprinzips zu gelangen, das dem Wesen und den Existenzbedingungen der Genossenschaftsbewegung entspricht und ohne innere Widersprüche behauptet werden kann.

*

Steuermonstrositäten im Kanton St. Gallen. (Korr.) Das Unwahrscheinliche ist geschehen. Dem Kanton St. Gallen wurde mit Unrecht eine steuerrechtliche Ungeheuerlichkeit nachgesagt, als der „Konsumverein" in seiner Nummer 33 unter vorstehendem Titel an Hand von irreführenden Zeitungsberichten einen regierungsrätlichen Entscheid unter die Lupe nahm. Wir nehmen die Gelegenheit wahr, unsere oberste Exekutive in Schutz zu nehmen — sie hat sich ja die Dankbarkeit unserer Genossenschaftsbewegung in hervorragendem Maße verdient — und zugleich über das vom Arbeiterkonsumverein Rorschach eingeführte Rabattmarkensystem eine kleine Orientierung zu geben.

Der Arbeiterkonsumverein Rorschach ist bekanntlich ziemlich früh dazu übergegangen, seinen Mitgliedern hohe Rückvergütungen (bis zu 14 %) auszuzahlen. Nur mit größter Mühe konnten sie im Lauf der Jahre auf 12 % reduziert werden. Schuld daran war natürlich vor allem die mangelnde genossenschaftliche Einsicht der Mitglieder, die sich daran gewöhnt hatten, den Arbeiterkonsumverein als eine Art Zwangssparkasse zu betrachten, die ihnen jeweilen vor Winterbeginn in Form der Rückvergütung ein rundes Sümmchen für Winterkleider, Lebensmittel- und Brennmaterialieneinkäufe aushändigte. Die Bemühungen Warenpreise und Rückvergütungen herabzusetzen, fanden nur bei wenigen Verständnis. Sie wurden erschwert durch die Existenz des sog. Herrenkonsumvereins, der als Aktiengesellschaft natürlich nur das Profitinteresse seiner 10 bis 20 Herren Aktionäre im Auge hatte und einen hohen Rabatt als Lockvogel benutzte. Ihm stellte sich später die bekannte „Concordia" an die Seite, die ihren Konsumenten zum Voraus 12 % Rückvergütung versprach und damit eine Reklame machte, die mittlerweile behördlich inhibiert wurde.

In um so helleres Licht setzt die „Concordia" jetzt ihre nachträglich fixierten 12 %. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen die Aufklärungsarbeit des Arbeiterkonsumvereins ein hartes Feld zu bebauen hatte. Das zeigte sich bei der letztjährigen Abrechnung. Die Verwaltung hatte kaum den Beschluß gefaßt, der Generalversammlung die Ausrichtung einer Rückvergütung von „nur" elf Prozent zu beantragen, als eine richtige Hetze begann. Politische Gehässigkeit und wirtschaftliche Kurzsichtigkeit verbanden sich, um wieder die geliebten 12 % zu erhalten und zugleich politische Geschäfte zu machen. Der erste Teil des Planes gelang. Mit Kürzung der notwendigen Abschreibungen wurde das fehlende zwölfte Prozent „herausgerechnet".

Die Genossenschaftsbehörden mußten einsehen, daß auf dem betretenen Wege vorläufig das Ziel nicht zu erreichen war. Es galt also, indirekt zum Ziele zu gelangen und die verderblichen Wirkungen einstweilen etwas zu paralysieren. Dieser Absicht soll unter anderem die eben eröffnete Sparkasse dienen, welche die Genossenschafter zum freiwilligen Sparen erzieht, unterstützt durch die Rabattmarken. Seit 1. Juli erhalten die Genossenschafter nämlich einen fixen Rabatt von 5 %, der ohne Rücksicht auf das Geschäftsergebnis jeweilen sofort nach Ablauf eines Geschäftsjahres ausbezahlt, eventuell in der Sparkasse gutgeschrieben wird. Die Hoffnung ist, es werden die Mitglieder sich so allmählig an geringere Rückvergütungen gewöhnen und vielleicht später selbst zur Abschaffung des Rabattes schreiten. Die Schattenseiten und Gefahren dieses Versuches werden weder übersehen noch verkannt. Die im „Schweiz Konsumverein" seinerzeit geübte Kritik hat durchaus ihre Berechtigung.

Mit diesem Rabatt haben sich die Behörden aber bis jetzt nie beschäftigt, weil er sich im Rahmen der üblichen Ansätze hält. Der erwähnte Entscheid des st. gallischen Regierungsrates betrifft einen Konsumverein, der kein Konsumverein ist, eben die bekannte nach kapitalistischen Profitzwecken geleitete Aktiengesellschaft „Konsumverein Rorschach". Die Aktiengesellschaft war nämlich, nachdem ihre früheren Versuche, der Steuerschraube zu entgehen, durch sehr merkwürdige Entscheidungen der untersten und obersten Instanzen vereitelt worden waren, dazu übergangen, ihren Käufern mit jedem Einkauf Rabattmarken von 10 % zu geben, die in Beträgen von 2 und mehr Franken stets an Zahlungs statt angenommen wurden. Dieser „Rabatt" läuft natürlich auf eine Irreführung des Publikums hinaus und verfällt der Patentpflicht des Nachtragsgesetzes zum st. gallischen Hausiergesetz, welches auf Drängen des Kleinhandels erlassen wurde zur Regelung der Reklame-, Gelegenheits-, und Ausverkäufe. Man mag über den sehr zweifelhaften Wert derartiger Polizeigesetze seine eigene Meinung haben. Tatsächlich bleiben ja auch in ihren Maschen gerade die Kleingewerbetreibenden am meisten hängen, während die Warenhäuser die Umwege schon zu finden wissen. Aber im vorliegenden Falle entsprach der Entscheid des Regierungsrates gewiß dem Sinn und der Absicht des Gesetzes, unlautere Reklamemanöver nach Möglichkeit einzuschränken, im Interesse des kaufenden und teilweise etwas denkfaulen Publikums.

In diesem Falle beruhte also die Kritik am st. gallischen Regierungsrat auf einem Irrtum.

Anmerkung der Redaktion. Es freut uns, daß nicht unser Verbandsverein hausierpatentpflichtig erklärt worden ist, gleichwohl können wir den Entscheid nicht billigen.

Zur Besteuerung der Konsumvereine im Kanton Bern. (Korr.) Im „Schweiz. Konsumverein" und im „Genossenschaftlichen Volksblatt" ist in letzter Zeit verschiedentlich auf die ungerechte Besteuerung der Konsumgenossenschaften hingewiesen worden. In der Tat herrscht in Genossenschaftskreisen lebhafte Erbitterung gegen das willkürliche, allen Geboten der Gerechtigkeit widersprechende Gebaren vieler Steuerkommissionen. Bereits haben Distriktsversammlungen stattgefunden zur Besprechung von Maßnahmen gegen dieses Verhalten, aber wir finden nur ein einmütiges, allgemeines Vorgehen aller Wirtschaftsgenossenschaften des Kantons Bern könne hier etwas Ersprießliches erreichen. Ein solches Vorgehen wäre um so eher angezeigt, als die zweite Lesung des neuen Steuergesetzes vor der Türe steht und bis zu jenem Zeitpunkt die Meinungen abgeklärt sein sollten. Wir wissen sehr gut, daß bereits vor Jahren eine Eingabe der Wirtschaftsgenossenschaften des Kantons Bern unter den Tisch gewischt worden; das darf uns aber nicht abhalten, immer von neuem wieder Front zu machen gegen Willkür und Konkurrenzneid, wie er sich in den Entscheiden vieler Steuerkommissionen breit macht. Also auf zur gemeinsamen Abwehr! Wir hoffen, daß die Kreisvorstände nicht zögern, die Sache an die Hand zu nehmen. Der Unterstützung durch die organisierten Konsumenten dürfen sie sicher sein.

Verband st. gallischer Konsumvereine. (Delegiertenversammlung vom 21. August 1910 in Buchs.) Diese in letzter Nummer angekündigte Versammlung war von 20 st. gallischen Konsumvereinen durch 33 Delegierte beschickt. Außerdem wohnte als Vertreter des II. Departements des V. S. K. Herr Burkhard von Basel den Verhandlungen bei.

Protokoll und Jahresrechnung pro 1909 wurden genehmigt und der Beitrag für den einzelnen Verein wiederum auf 5 Rappen pro Mitglied festgesetzt. Von einer Auflösung des Verbandes, die schon wegen dessen angeblicher Untätigkeit angeregt worden war, wurde gar nicht gesprochen. Haupttraktandum war: Besprechung der Frage, ob zur Abhilfe der Ungerechtigkeiten des st. gallischen Steuergesetzes gegenüber den Konsumvereinen die Initiative zur Partialrevision des st. gallischen Steuergesetzes ergriffen werden solle oder nicht. Zur Orientierung der Delegierten war von Seiten des Verbandsvertreters eine instruktive Aufstellung über die Steuerbelastung der st. gallischen Konsumvereine im Vergleich zu der Belastung der Aktiengesellschaften und im Vergleich mit anderen Kantonen ausgearbeitet worden. Nach längerer Diskussion, in der

sowohl der Standpunkt, sofort den Weg der Initiative zu betreten, wie auch der andere, vorerst es noch einmal auf dem Wege der Petition zu versuchen, energisch vertreten wurde, wurde schließlich mit Mehrheit beschlossen, zurzeit von einer Initiative noch Umgang zu nehmen, dafür jedoch eine ausführliche Denkschrift an die st. gallischen Behörden, sowie zur Aufklärung der Bevölkerung über diese Frage auszuarbeiten, und hierfür die Mitwirkung der Verbandsbehörden sich zu sichern.

Wir werden Gelegenheit haben, in nächster Zeit diese Besteuerung der st. gallischen Konsumvereine eingehender in unseren Preßorganen zu erörtern.

Genossenschaftliche Rundschau.

Zum Umschlagbild. Unser heutiges Bild führt uns nach dem industriereichen Rüti am Fuße des Bachtel, wo im Jahre 1891 von 138 Familienvätern ein Konsumverein gegründet wurde, der anfangs 1896 dem Verbande beitrat. Im Jahre 1892 zählte der Verein 206 Mitglieder, und der Umsatz belief sich auf Fr. 93,400. Heute zählt der Verein über 1000 Mitglieder, und der Umsatz des Jahres 1909 belief sich auf Fr. 546,500.

Das Gebäude, das unsern heutigen Umschlag ziert, steht in der Gemeinde Tann und wurde im Jahre 1908 dem Betriebe übergeben. Der Verein ist seit 1906 auf das „Genossenschaftliche Volksblatt" abonniert und gehört wohl zu den bestfundierten unserer Genossenschaften. Wir werden deshalb noch öfter Gelegenheit haben, uns neuer Fortschritte dieses Vereins zu freuen. U. M.

Volkswirtschaft.

Maßnahmen gegen die Fleischteuerung. Die anhaltende Steigerung der Viehpreise hat nun auch die schweizerischen Metzger zum Kampf gegen die hohen Viehzölle mobil gemacht.

In einer außerordentlichen Delegiertenversammlung, die am 15. August in Luzern stattfand, nahmen die Delegierten zuerst ein Referat entgegen über Vieh- und Fleischimport. Der Referent führte aus, daß die verfehlte Handelspolitik der mitteleuropäischen Staaten die Schuld daran trage, daß heute in einer ganzen Reihe von Staaten eine eigentliche Fleischnot herrsche. Auch die schweizerische Bauernsame treffe eine große Schuld, soweit es die Mißstände in der Schweiz anbelange, indem sie — unter gleichzeitiger fortschreitender Vernachlässigung der Viehmast — zur Wahrung ihrer eigenen Standesinteressen fortwährend neue Forderungen aufstelle, die eine schwere Schädigung der Konsumenten bedeute. Um den bestehenden Uebelständen abzuhelfen, müsse neben der Selbsthilfe der Metzger auch der Staat in Aktion treten. Auf der einen Seite müssen die Viehzölle herabgesetzt werden, andererseits aber müsse auch eine vernünftige internationale Viehseuchengesetzgebung Platz greifen. Sodann sollte auf internationalem Wege danach getrachtet werden, die Schlachtviehzucht in den östlichen getreidereichen Staaten Europas zu fördern, um von Amerika unabhängig zu werden. Die Selbsthilfe der Metzger sollte sich in erster Linie in der Gründung von Einkaufssyndikaten betätigen, um so den Bedarf an Schlachtvieh auf die rationellste Weise zu decken.

Um die Vorschläge des Referenten zu verwirklichen, wurde eine Kommission bestellt, welche den Metzgergenossenschaften bei der Ausschaltung der Zwischenhändler beim Vieheinkauf an die Hand gehen solle.

Ferner wurde beschlossen, an den Bundesrat eine Eingabe zu richten mit dem Ersuchen, den Einfuhrzoll für Vieh autonom zu ermäßigen (von Fr. 27 auf Fr. 10). Ob die Metzger mit dieser Eingabe mehr Erfolg haben werden, als seinerzeit die Konsumenten mit dem Kampf gegen den Zolltarif, scheint uns sehr fraglich, denn eine ähnliche Eingabe hat schon erfolglos der schweizerische Städteverband gemacht. Unseren agrarischen Machthabern sind ja die heutigen Zölle und Importerschwerungen noch zu gering.

Im übrigen darf man füglich bezweifeln, ob es den Metzgern ernstlich darum zu tun ist, die Erniedrigung der Viehzölle auch den Konsumenten zu gute kommen zu lassen, denn in gleicher Sitzung wurden die Inhaber der Großschlächterei S. Bell, Söhne, A.-G., auf Antrag der Zürcher Metzger aus dem schweizerischen Verband ausgeschlossen wegen „illoyaler Konkurrenz". Diese illoyale Konkurrenz bestand aber in der Hauptsache darin, daß diese Großschlächterei das Fleisch billiger offerierte als ihre kleineren Kollegen. Hätten sie das Fleisch teurer verkauft, so wären die Herren Bell wahrscheinlich jetzt noch Mitglieder des Metzgerverbandes. Dieser Ausschluß weckt im übrigen eine interessante Reminiscenz. Als vor einigen Jahren die Herren Bell in Basel dazu übergingen, eine Großschlächterei einzurichten, wurde dieses Unternehmen von den kleineren Basler Metzgern, deren Umsatz durch die Entwicklung der Schlächterei des A. C. V. in Basel bedeutend gelitten hatte, noch freudig begrüßt. „Das ist der Ruin der Schlächterei des A. C. V.", meinten die kurzsichtigen Basler Metzger, ohne zu ahnen, daß sie in diesem privatkapitalistischen Großbetrieb einen viel rücksichtsloseren Totengräber finden würden als im genossenschaftlichen Betrieb. Wenige Jahren haben nun die Aufklärung verschafft; wir möchten aber bezweifeln, ob die erlangte Einsicht auch für andere wirtschaftliche Vorgänge vorhalten wird.

Im übrigen ergaben die Verhandlungen, daß auch die Metzger mit der Handhabung des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes, obschon auch sie dessen Erlaß verlangt hatten, nicht zufrieden sind.

Internationaler Genossenschaftsbund.

Neue Aufnahmen, Mitgliederzahl und Einnahmen. Am 8. August fand in London eine Sitzung des leitenden Ausschusses statt, an der die Herren W. Maxwell, D. Mc. Innes und H. Vivian teilnahmen, um sich besonders mit dem Hamburger Kongreß und internen Angelegenheiten zu beschäftigen. Es lagen 87 Anmeldungen zur Aufnahme in den Bund vor, welche alle genehmigt wurden. Von den sich anmeldenden Genossenschaften entfallen 39 auf Oesterreich, 26 auf Deutschland, 6 auf Belgien, je 4 auf Großbritannien und Rußland, je 3 auf Frankreich und Rumänien und je 1 auf Japan und Kanada.

Ohne diese neuen Mitglieder zählte der I. G. B. am 1. Juli 1910 848 Genossenschaften in 24 Ländern, darunter vier außereuropäische (Indien, Japan, Südafrika und die Vereinigten Staaten). In fast allen Ländern, wo der I. G. B. schon früher Mitglieder besessen hatte, ist die Zahl der ihm angehörenden Genossenschaften stark gestiegen. In Deutschland vermehrte sie sich von 88 auf 141, in Oesterreich von 12 auf 120, in der Schweiz von 11 auf 26, in Frankreich von 38 auf 64, in Rußland von 5 auf 16, in Finnland von 2 auf 11. Im Mutterlande des I. G. B., in Großbritannien, hat die Zahl seiner Mitglieder ebenfalls eine Steigerung erfahren; es gehören ihm gegenwärtig 373 Genossenschaften und Verbände in England, Schottland und Irland an, aber diese bilden nur noch 45 % der gesamten Mitgliedschaft.

Auch die Einnahmen haben erfreulich zugenommen, die Beiträge werden wahrscheinlich in diesem Jahr den Betrag von Fr. 25,000 erreichen.

Kongreßliteratur. Vom Sekretariat des I. G. B. sind auf den Hamburger Kongreß herausgegeben worden:

Jahrbuch der internationalen Genossenschaftsbewegung, I. Jahrgang, und

Agenda für den VIII. internationalen Genossenschaftskongreß, I. Teil.

Das Jahrbuch, dessen periodische Herausgabe am 6. September 1909 in Wiesbaden vom Zentralvorstand beschlossen wurde, zerfällt in zwei Abteilungen; in der ersteren sollen größere Abhandlungen aus dem Gebiete der genossenschaftlichen Theorie und Geschichte zur Veröffentlichung gelangen, während der zweite Teil den Stand der Genossenschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern darstellen soll.

Der I. Jahrgang bringt im I. Teil eine Abhandlung über die internationale Genossenschaftsbegung in ihrer geschichtlichen Entwicklung, verfaßt von Dr. Hans Müller (pag. 3—135), während in der II. Abteilung statistische Angaben über die Genossenschaftsbewegung in 17 Ländern (Großbritannien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Ungarn) enthält. Außerdem finden sich eine vergleichende Zusammenstellung der Ergebnisse der Großeinkaufsgesellschaften und zwei graphische Darstellungen.

Es wird sich Gelegenheit bieten, anläßlich der Berichterstattung über den Kongreß auf diese interessanten Arbeiten zurückzukommen.

Die Kongreßagenda I. Teil enthält die Tagesordnung und Zeiteinteilung, ebenso die Geschäftsordnung für den Kongreß, den Bericht des Zentralvorstandes, die Mitgliederliste — nach derselben zählt die Schweiz z. Z. 26 Mitglieder — den Statutenentwurf und den erläuternden Bericht, der bereits in 5 Nummern des Internationalen Genossenschaftsbulletins erschienen ist.

Der II. Teil der Kongreßagenda, der die am Kongreß zu haltenden Referate bringen soll, ist noch nicht herausgegeben worden, da noch nicht alle Referate beigebracht werden konnten.

Internationaler Großeinkauf. Die Subkommission, die in Folge einer am Kongreß in Cremona gemachten Anregung im Frühjahr 1908 in Newport aus den Vertretern der Großeinkaufsgesellschaften eingesetzt wurde, um die Frage zu studieren, wie der internationale genossenschaftliche Großeinkauf am besten organisiert werden könnte [Mitglieder die Herren Tweddel, Dr. Karpeles, Dehli und Scherling, letzterer später ersetzt durch Herrn Jörgensen, Sekretär: Dr. H. Müller] veröffentlicht auf den Hamburger Kongreß hin einen Bericht der mit folgenden Anträgen schließt:

1. Es wird grundsätzlich die Bildung einer Föderation der Großeinkaufsgesellschaften beschlossen.
2. Für die Föderation der Großeinkaufsgesellschaften sind Statuten zu erlassen, für welche die Subkommission einen Entwurf ausgearbeitet hat, der als Grundlage für die Beratung dienen soll.
3. Diejenigen Großeinkaufsgesellschaften, die eigene Agenturen und Einkaufsbureaux unterhalten, sollen ersucht werden, diese Agenturen und Einkaufsbureaux in den Dienst der zu gründenden Föderation zu stellen.

Zur Beratung dieser Anträge soll in Hamburg am 5. September nachmittags eine Konferenz der Vertreter aller Großeinkaufsgesellschaften stattfinden.

Aus unserer Bewegung.

*** **Umschau.** Der Monatsumsatz pro Juli 1910 des Verbandsvereins Kreuzlingen weist gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung von 36½ % auf.

— Im 1. Monat des Bestehens (5.—31. Juli) hatte die Konsumgenossenschaft Laupen eine Einnahme von über Fr. 2600.

— Der Allgemeine Konsumverein Dietlikon (Bezirk Bülach) hatte in seinen vier Filialen im ersten Halbjahr 1910 einen Mehrumsatz von Fr. 25,130 oder 62½ %. Einer demnächst zusammentretenden Generalversammlung wird der Erwerb eines Hauses nebst 12 Aren Umgelände in Rieden zum Preis von Fr. 14,400 (Assekuranz Fr. 11,200) empfohlen. Im betreffenden Haus befindet sich ein Depot des Vereines.

— Die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Herzogenbuchsee hat das Verkaufspersonal angewiesen, Halbkilo- und Halbliterpreise nicht mehr auf 5 oder 10 aufzurunden, sondern auf die Hälfte der nächstfolgenden Ziffer.

— Einem Halbjahresbericht des Konsumvereins Davos im „Genossenschaftlichen Volksblatt" entnehmen wir folgende Umsatzziffern pro I. Semester 1910: Umsatz in drei Lokalen und im Magazin Fr. 154,829 = 18,81 % mehr als 1909.

— Der Allgemeine Konsumverein Pfäffikon (Zürich) hat mit einem Schuhmachermeister einen Vertrag betreffend Schuhreparaturen für Genossenschaftsmitglieder abgeschlossen.

— Seit der Einführung der Schuhwaren durch den V.S.K. ist der Umsatz einer Schuhhandlung in Langenthal mit den Mitgliedern unseres dortigen Verbandsvereins ganz erheblich zurückgegangen, was die betreffende Firma veranlaßte, den Lieferungsvertrag zu kündigen.

— Arbon: Herr Roschach, der seit 25 Jahren ununterbrochen als Präsident an der Spitze unseres dortigen Verbandsvereins gewirkt, gedenke an der nächsten Generalversammlung zurückzutreten. Wir hoffen, daß der verdiente Veteran auch fernerhin unserer Bewegung erhalten bleibe.

— Infolge Brotabschlag seitens des Konsumvereins Mümliswil drohte der Kantonale Bäckermeisterverein dafür zu sorgen, daß die Bäcker in Mümliswil das Brot noch billiger abgeben können. Um so besser für die Konsumenten!

— Der Vorstand der Konsumgenossenschaft Schöftland hat beschlossen, der Jahresbericht pro 1909/10 sei im „Genossenschaftlichen Volksblatt" zu veröffentlichen und es sei von einer besondern Ausgabe in Heftformat abzusehen. Die auf diese Weise erzielte Ersparnis beträgt ca. Fr. 90.

— Als Verwalter der Konsumgenossenschaft Oberburg wurde gewählt: Herr Gebhardt Schmid, früher Verwalter der Konsumgenossenschaft Kerns.

— Der Lebensmittelverein Zürich ist der dortigen Pestalozzigesellschaft als Kollektivmitglied mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 100 beigetreten. Genannte Gesellschaft setzt sich hauptsächlich zum Zwecke: Unterhalt und Betrieb von öffentlichen Lesesälen, einer Volksbibliothek und Abhaltung von Volksbildungskursen in Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften und Volkswirtschaft.

— Die Bäckerei des Konsumvereins Uzwil verzeichnet im ersten Halbjahr 1910 einen Mehrverbrauch von 15,757 Kilo Brot.

— Die seit 1897 bis kürzlich im Betriebe gestandene, alte Bäckerei des Verbandsvereins Rorschach ist umgebaut worden zu einer Fleischhalle. Vom 27. August an verkauft die Firma E. Schläpfer-Siegfried in dieser Fleischhalle an der Kirchstraße sämtliche Fleisch- und Wurstwaren zu den ortsüblichen Preisen gegen Barzahlung. Die Bezüge werden in ein spezielles Stempelbüchlein eingestempelt, wogegen die Mitglieder eine Begünstigung von 4 % Rabatt genießen.

— Respektable Umsatzziffern werden aus dem Konsumverein Frauenfeld berichtet: Der Gesamtumsatz des Jahres 1909/1910 erreicht Fr. 889,591, Mehrumsatz gegenüber dem Vorjahre Fr. 175,666 = 24,6 %. Auch die dortigen Landwirte sehen ein, daß die neutrale städtische Genossenschaft ihnen ebenso gute Dienste leisten kann, wie die spezielle landwirtschaftliche Vereinigung. Auch die Bäckerei hat mit Fr. 182,750 den vorjährlichen Umsatz mit Fr. 34,896 = 23 % überschritten. Der Brotpreis ist meistens

2 Cts. unter demjenigen der Privatbäckereien, sodaß die Ersparnis für die Mitglieder — wenn die Rückvergütung gar nicht gerechnet wird — rund Fr. 9500 ausmacht. Daß die Brotpreise ohne das Bestehen der Konsumbäckerei wesentlich höhere wären, das gibt auch der Gegner zu. Die schöne Summe kann zur Verbesserung der Lebenshaltung verwendet werden, sie geht also nicht verloren, wenn sie auch nicht die Bäcker bekommen und das gleiche ist mit der zu erwartenden Rückvergütung der Fall! Die Mitgliederzahl ist um rund 100 gestiegen und beträgt zur Zeit über 2060.

— In Liestal wurde kürzlich per Fuhrwerk mit sogenannter „Marseillerseife" hausiert, was die Verwaltung unseres dortigen Verbandsvereines veranlaßte, dieses Produkt durch das chemische Laboratorium des V. S. K. untersuchen zu lassen. Der Befund ergab, daß die Seifen den Anforderungen, welche an Marseillerseifen gestellt werden, nicht entsprechen und qualitativ überhaupt als geringwertig zu taxieren sind. Auch in Basel treiben die gleichen Hausierer ihr Unwesen.

— Die Bäckerei des Konsumvereins Gebenstorf verzeigt einen vielversprechenden Anfang. Seit der Eröffnung, 10. Juli 1909 bis Ende März 1910 wurden 45,200 kg Brot hergestellt. Außerdem wurde Kleingebäck fabriziert im Werte von Fr. 1530. Der Gesamterlös aus der Bäckerei beträgt Fr. 17,067; die Baukosten für die Bäckerei sind mit Fr. 872 unter dem Voranschlage von Fr. 13,000 geblieben.

— Hilfe für die Wassergeschädigten. Zu den Verbandsvereinen, die Vergabungen an die Wassergeschädigten beschlossen haben, kommen neuerdings der Lebensmittelverein Zürich mit Fr. 500, Olten mit Fr. 200 und Davos mit Fr. 150.

*** **Lyß.** Wir entnehmen der Auflage Lyß des „Genossenschaftlichen Volksblatt" in der Hauptsache folgende Mitteilungen über den Verlauf des 5. Geschäftsjahres der dortigen Verbandsgenossenschaft:

Die Mitgliederzahl beträgt auf 1. Mai 1910 325, gegenüber 285 des Vorjahres, Zuwachs somit 40 Mitglieder. Der Durchschnittsbezug beläuft sich auf Fr. 280, eine Ziffer, die bei allseitig treuem Zusammenstehen noch erheblich höher kommen kann. Der Umsatz erreichte im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 91,947, was gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um Fr. 12,000 ausmacht. Der Verkehr mit den Vertragslieferanten bewegte sich mit Fr. 2876 in gleicher Bahn wie im Vorjahr.

Auch im verflossenen Jahr hat das „Genossenschaftliche Volksblatt" gute Dienste geleistet. Daß es seinen Hauptzweck, dem genossenschaftlichen Geist zum Durchbruch zu helfen, leider nicht überall erreicht hat, geht daraus hervor, daß es auch heute noch Mitglieder gibt, deren Bezüge unter den obligatorischen Fr. 50 bleiben. Ferner wird die Beobachtung gemacht, daß persönliche Differenzen mit irgend einem Mitglied des Vorstandes, mit dem Verkaufspersonal usw. oftmals den Grund zu Austritten, zeitweiser Einstellung der Bezüge ꝛc. bilden, daß die „Täubi" am „Konsum" ausgelassen wird. Es zeigen solche Fälle von kleinlichem Geist, der unfähig ist, die in unserem Organ gebrachten Grundsätze, Ursachen und Wirkungen des Genossenschaftswesens zu fassen und zu verstehen.

Der Vorstand hat ein arbeitsreiches Jahr hinter sich; viel Arbeit, Schreiben und Gänge brachte der im Berichtsjahr angefangene und nun beendete Neubau der Genossenschaft. Die Baurechnung ist noch nicht abgeschlossen, doch besteht die Gewißheit, daß der bewilligte Baukredit ausreichen wird. (Immobilien und Baukonto Fr. 76,000, Hypotheken und Bauobligationen Fr. 44,880). Im verflossenen Jahr haben vier Generalversammlungen stattgefunden, die zahlreich besucht waren.

Der bisherige Verwalter und Kassier Herr R. Hofer ist infolge Wegzug aus der Genossenschaft ausgetreten; seiner nie versagenden Arbeitsfreudigkeit und Umsicht in allen Fragen gebührt rückhaltlose Anerkennung.

Die Bezüge vom V. S. K. belaufen sich auf Fr. 38,540. Der Ueberschuß von Fr. 7992 gestattet eine Rückvergütung an die Mitglieder im Betrage von Fr. 6013, sowie Speisung des Reserve- und Baufonds, wodurch dieselben die Höhe von Fr. 11,000 erreichen.

*** **Stäfa.** Der Allgemeine Konsumverein Stäfa hat mit dem 6. Rechnungsjahr 1909/10 das erste Hunderttausend seines Umsatzes mit Fr. 2666 überschritten und damit den letztjährigen Warenverkehr mit Fr. 5500 überholt. Wiederum ward beantragt aus dem Ueberschuß von Fr. 7558 7 % rückzuvergüten wie letztes Jahr und wiederum beschloß die ordentliche Generalversammlung 8 % von Fr. 93,047 auszuschütten. Die Verwaltung ist aber trotz alledem auf dem richtigen Wege und darf sich durch diese Beschlüsse nicht beirren lassen.

Die Aktivposten des Bilanzkonto lauten: Kassabestand Fr. 1073, Wertschriften Fr. 200, Kontokorrentguthaben Fr. 550, Warenbestand Fr. 28,358, Mobilien Fr. 3380; die Passivposten lauten: Anteilscheine Fr. 20,905, Darlehen Fr. 3800, Reserven Fr. 1300 und Ueberschuß wie oben.

*** **St. Maurice.** Das dritte Geschäftsjahr brachte unserem Verbandsverein eine Umsatzvermehrung von Fr. 6491, d. h. der Totalumsatz stieg auf Fr. 56,410, wovon Fr. 16,788 auf Nichtmitglieder entfallen. Neu eingeführt wurden Korbwaren, Glaswaren und Steingut. Vom Ueberschuß, Fr. 5246, entfallen 20 % d. h. Fr. 1049 in den Reservefonds, Fr. 800 werden zu Abschreibungen verwendet, Fr. 2773 erhalten die Mitglieder (7 %), Fr. 262 beziehen die Angestellten und ein Rest von Fr. 361 wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Bilanz lautet: Kassa und Werttitel Fr. 2164, Mobiliar Fr. 1817, Waren Fr. 12,617, Anteilscheinkapital Fr. 2630, Obligationen Fr. 5000, Reserven Fr. 1827 und Kreditoren Fr. 1898.

Genossenschaftsbewegung des Auslands.

Belgien.

Bekanntlich soll am internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen, der einige Tage vor dem Hamburger Kongreß stattfinden wird, die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Genossenschaftswesen, speziell zu den Konsumvereinen behandelt werden. Im Vordergrund steht die Frage, ob die Konsumvereine neutral bleiben oder in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der sozialdemokratischen Partei gebracht werden sollen. Einzelne Landesorganisationen der sozialdemokratischen Partei haben diese Frage in speziellen Sitzungen vorberaten.

Wir haben schon berichtet, daß in Frankreich die Verhandlungen mit einem glänzenden Siege der Freunde der Neutralität geendet haben. Aus Belgien müssen wir — wie nicht anders zu erwarten war — das Gegenteil melden. Die belgische Arbeiterpartei tritt nämlich für folgende Resolution ein:

Der Kongreß empfiehlt den Arbeitern vor allen Dingen, sich genossenschaftlich zu organisieren. In der Frage der Beziehungen zwischen den Genossenschaften und der Partei erklärt er, ohne gewisse materielle Vorteile der genossenschaftlichen Neutralität zu verkennen: Ueberall, wo das Genossenschaftsgesetz es gestattet, ist es wünschenswert, daß die Genossenschaften ihren sozialistischen Charakter betonen; daß sie sich der sozialistischen Partei ihres Landes anschließen und einen Teil ihres Ueberschusses für Propaganda, Erziehung und den Befreiungskampf der Arbeiterklasse verwenden; daß sie eine gemeinsame Organisation für Großeinkauf und Produktion schaffen; daß sie eine Vertretung in der Parteileitung beanspruchen; daß sie schließlich dem internationalen Genossenschaftsbunde angehören, um dort für den Sieg der sozialistischen Grundsätze zu wirken und die Genossenschaftsbewegung zu einem Kampfmittel gegen das kapita-

listische System zu machen, mit der Aufgabe, dieses zu ersetzen durch die Organisation der Produktion und des Warenaustausches, die der internationale Sozialismus erstrebt.

Herr Louis Bertrand, der auch dem Vorstand des I. G. B. angehört, wurde beauftragt, den Standpunkt der Belgier auf dem Kopenhagener Kongreß zu vertreten.

— Der Kongreß des neu gegründeten Office coopératif des Verbandes der belgischen sozialistischen Genossenschaften hat am 21. August in Brüssel stattgefunden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Der internationale Genossenschaftskongreß in Hamburg.
2. Der internationale sozialistische Kongreß in Kopenhagen betreffend die Beziehungen zwischen dem Genossenschaftswesen und den politischen Parteien.
3. Die Arbeiterbank.
4. Gruppismus, Mutualismus und Genossenschaftswesen.
5. Die Resultate der Enquête betreffend die Lage der Genossenschaftsangestellten.

An dem auf den Kongreß folgenden Tage fand ein Besuch der Betriebe des Verbandes in Antwerpen statt.

V. S.

Verbandsnachrichten.

Vertretung der Schweiz am Hamburger Kongreß. Von den fünf Delegierten des Verbandes, deren Namen bereits früher gemeldet wurden, hat Herr J. Perrenoud infolge eingetretener Abhaltung durch Herrn Dr. A. Suter ersetzt werden müssen. Außer den Delegierten des Verbandes werden folgende schweizerische Genossenschafter als Vertreter der Verbandsvereine am Hamburger Kongreß teilnehmen:

Fürsprech Albisser als Vertreter des Konsumvereins Luzern,

Verwalter Liechti, als Vertreter des Lebensmittelvereins Zürich,

Dr. Rosenberg, als Vertreter des Konsumvereins Liestal.

Die anderen 19 Verbandsvereine haben ihre Vertretung den Delegierten des Verbandes übertragen, während die drei Genossenschaften, die nicht dem Verbande angehören (Typographia Basel, Grütlidruckerei Zürich und Genossenschaftsbund Zürich) unseres Wissens durch Herrn Dr. H. Müller und dessen Adjunkten Herrn E. Wichmann vertreten sein werden. Wahrscheinlich wird auch unser Mitarbeiter, Herr Dr. K. Munding, sich nach Hamburg begeben und es soll ihm in diesem Falle auch die Vertretung eines Verbandsvereins übertragen werden.

Die Delegierten des Verbandes und der Verbandsvereine haben am 21. August in Basel sich zu einer Vorbesprechung der Kongreßtraktanden versammelt. Die Diskussion ergab allseitige Zustimmung zu den Vorlagen, wenige Punkte bei der Statutenrevision vorbehalten, bezüglich deren noch Erkundigungen eingezogen werden sollen.

In Uebereinstimmung mit einem Vorschlage der Verwaltungskommission V. S. K. wurde beschlossen, als Vertreter der Schweiz in den zukünftigen Zentralvorstand des V. S. K. in Vorschlag zu bringen die Herren E. Angst, I. Vizepräsidenten des Aufsichtsrates V. S. K. (neu) und Dr. O. Schär, Vizepräsidenten der Verwaltungkommission V. S. K. (bisher).

* * *

Aufnahmen. Der Ausschuß hat in seiner Sitzung vom 24. August folgende Aufnahmen vollzogen:

Konsumverein Buchs bei Aarau,

Genossenschaft, gegründet am 28. Mai 1910, 140 Mitglieder, im Handelsregister eingetragen am 5. Juli 1910, zugeteilt dem Kreise IX (Vorort Aarau).

* * *

Société coopérative de consommation d'Isérables (Valais),

Genossenschaft, gegründet am 22. Mai 1910, 94 Mitglieder, im Handelsregister eingetragen am 25. Juli 1910, zugeteilt dem Kreise XX (Vorort Vevey).

* * *

Konsumgenossenschaft von Rebstein und Umgebung (St. Gallen),

Genossenschaft, gegründet am 24. Juni 1910, 65 Mitglieder, im Handelsregister eingetragen am 11. August 1910, zugeteilt dem Kreise XV (Vorort Chur).

* * *

Lagerhaus Basel. Die Liegenschaft Bernoulli an der Hoch- und Pfeffingerstraße ist vereinbarungsgemäß auf 1. August 1910 in das Eigentum des Verbandes übergegangen. Die Neuschätzung der Gebäulichkeiten, die am 23. August durch die kantonale Schätzungskommission vorgenommen wurde, ergab eine Erhöhung der Assekuranzsumme um Fr. 29,500 auf **Fr. 203,000.**

Literatur.

Die Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Gröba-Riesa. Unter diesem Titel hat die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ein auch typographisch hervorragend ausgestattetes Werk herausgegeben, in dem Dr. August Müller, der Stellvertreter des Generalsekretärs, Heinrich Kaufmann, eine aktenmäßige Darstellung der Vorgeschichte dieses Unternehmens gibt und eingehend alle die Hindernisse schildert, die dem Versuch der deutschen Konsumgenossenschaften, zum erstenmal planmäßig die Eigenproduktion großen Stils an die Hand zu nehmen, in den Weg gelegt wurden. In der Einleitung findet sich auch eine interessante Uebersicht über den Umfang der produktiven Anstalten der englischen und schottischen Konsumvereine, in der speziell auch die soziale Bedeutung der Eigenproduktion der Konsumvereine hervorgehoben wird.

Zum Schlusse werden noch die technischen Einrichtungen der Fabrik eingehend beschrieben. Zum besseren Verständnis der technischen Einzelheiten sind außer einer großen Generalansicht gegen 40 prächtig ausgeführte Abbildungen dem Bande beigegeben, die die Versicherung des Verfassers, die Seifenfabrik der Großeinkaufsgenossenschaft sei heute die größte und technisch am vollkommensten eingerichtete Seifenfabrik in Deutschland wohl glaubhaft erscheinen lassen. Es zeigt sich auch hier wieder der Unterschied zwischen privatkapitalistischer und genossenschaftlicher Unternehmung. Erstere würde sorgsam vor jedem Dritten die innere Einrichtung als wertvolles Geschäftsgeheimnis zu wahren suchen, letztere dagegen ist gerne bereit, zu Nutz und Frommen der anderen Genossenschaften und der Allgemeinheit jede gewünschte Aufklärung zu geben.

Mögen nun auch die geschäftlichen Erfolge nicht ausbleiben und die Beharrlichkeit und Energie unserer deutschen Freunde belohnen.

Briefkasten der Redaktion.

An verschiedene Einsender. Es kommt bei der Eigenart unserer Preßorgane oft vor, daß Einsendungen — und auch Besprechung von Jahresberichten — nicht immer in der nächstfolgenden oder vom Einsender gewünschten Nummer veröffentlicht werden können. Es gibt nun unter unsern Mitarbeitern solche, die, anstatt die naheliegendste Ursache, Platzmangel, als Grund des Nichterscheinens einer Einsendung zu vermuten, und sich zu gedulden, bis ihre Arbeit an die Reihe kommt, entrüstet Reklamation erheben oder sogar Rücksendung des Beitrages verlangen. Solchen ungeduldigen Mitarbeitern sei ein für allemal erklärt, daß die Redaktion nicht in der Lage ist, jedesmal jedem Einsender ein Entschuldigungsschreiben zugehen zu lassen, und daß die Redaktion keinen Wert auf Beiträge legt, die nach der eigenen Meinung des Verfassers ihren Wert verlieren, wenn sie eine oder zwei Wochen gelagert haben. Der „Schweiz. Konsumverein" ist keine Tageszeitung, und die Beiträge, die hier zur Veröffentlichung gelangen, sollen in erster Linie nicht eine nur momentane Neugierde befriedigen, sondern auch für die Geschichte unserer Bewegung wertvolles Material liefern. Beiträge, die nicht veröffentlicht oder nicht umgearbeitet werden können, werden, spezielle Vereinbarung vorbehalten, zurückgesandt.

Verantwortlich für die Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine. — Verantwortliche Redaktion: Dr. Oskar Schär.

Verband schweizerischer Konsumvereine.

Mercerie-Waren

Speziell mit Rücksicht auf den grossen Bedarf unserer Verbandsvereine in **Mercerie-Waren** *haben wir diesen Artikel eingeführt. Wir sind dank günstiger Abkommen mit den leistungsfähigsten Firmen in der Lage, den Vereinsverwaltungen sämtliche Mercerie-Waren zu äusserst vorteilhaftesten Bedingungen zu liefern.*

Unsere Kollektionen enthalten unter Anderm:

Einfassbänder
Woll-Litzen
Plüsch-Litzen
Sammtbänder
Gummibänder
Taillenbänder
Hosenschonerband
Strumpfbänder

Porzellanknöpfe
Perlmutterknöpfe
Beinknöpfe
Metall-Hosenknöpfe
Druck-Knöpfe
Manschetten-Knöpfe
Kragen-Knöpfe

Blitz-Nähnadeln
Haarnadeln
Sicherheitsnadeln
Stopfnadeln
Häckelnadeln
„Heurecka"-Stricknadeln
Bein-Nadeln
Stecknadeln
Y-Nadeln

Taillenschliesser
Taillenstäbe
Kragenstäbchen
Schweissblätter
Nähseide
Brooks-Faden
Cats-Faden

Man konsultiere unsere Preisliste.

Kochfett „Union“

bestes Ersatzmittel der teuren Kochbutter, **erstklassiges** Produkt, den besten Konkurrenzprodukten **ebenbürtig** und zugleich sehr preiswürdig. Die tit. Vereinsverwaltungen sind eingeladen, ihre Mitglieder auf die Vorzüglichkeit des

Kochfett „Union“

aufmerksam zu machen. **Kochfett „Union“** ist Eigenprodukt des **V. S. K.**

Zielbewußt

bevorzugt der Konsumgenossenschafter die Produkte der

eigenen Großeinkaufsstelle.

Verantwortlich für den Druck: G. Krebs in Basel.